

**FEUER- UND RETTUNGSWACHE(N) NORD -
DIE STANDORTSUCHE MUSS WEITERGEHEN**

Die Feuer- und Rettungswache in der Kanalstraße ist veraltet und muss ersetzt werden. Trotz der finanziellen Schwierigkeiten der Stadt Leverkusen sind Investitionen in Brandschutz und Rettungsdienst lebenswichtig. Der Rat hat den Standort "Auf den Heunen" für eine Machbarkeitsstudie ausgewählt. Die Ergebnisse dieser Studie werfen jedoch mehrere Fragen auf:

1. Der Eigentümer einer Teilfläche verweigert den Kauf, was zu einer möglichen Enteignung führen könnte.
2. Die Entwässerung soll unter der Autobahn hindurch zur Raoul-Wallenberg-Straße erfolgen, dieser Standort wurde bisher wegen Hochwassergefahr verworfen.
3. Eine sichere Ausfahrt der Einsatzfahrzeuge mit einer Ampelanlage könnte zu Problemen bei der Anbindung an die Landesstraße führen.
4. Das Grundstück liegt im Stadtteil Rheindorf, wodurch eine zusätzliche Rettungswache für den nordöstlichen Teil des Stadtgebietes erforderlich wird.
5. Wegen der langen Planungs- und Bauphase wird eine provisorische Lösung benötigt.

Angesichts dieser Probleme hat die FDP gemeinsam mit anderen Fraktionen beantragt, die Planung für das Areal "Auf den Heunen" auszusetzen. Die knappe Mehrheit, mit der der Rat die Machbarkeitsstudie angenommen hat, ist keine solide Basis für ein Projekt von so großer Bedeutung. Wir lehnen daher diesen Standort ab und fordern eine gründliche Klärung aller Fragen, bevor weitere Schritte unternommen werden. Dies gilt insbesondere unter den Aspekten Brandschutz und Rettungsdienst, Stadtentwicklung und Finanzen. Es ist wichtig, dass wir eine solide und nachhaltige Lösung für unsere Stadt finden. Die Übergangslösung muss daher für einen längeren Zeitraum in Anspruch genommen werden.



DER BOLZPLATZ AM HEINRICH-VON-KLEIST-PLATZ: EIN SPIELPLATZ WIRD ZUM POLITIKUM

In Leverkusen ist ein Streit um einen Bolzplatz entbrannt, der die Gemüter erhitzt und die Frage aufwirft, wie viel Regulierung wirklich nötig ist. Am Heinrich-von-Kleist-Platz hatten engagierte Bürgerinnen und Bürger einen Fußballplatz für Kinder eingerichtet – eine Initiative, die von der Stadtverwaltung jäh gestoppt wurde.

Anwohner der „Kolonie Eigenheim“ stellten Tore auf, um den Kindern einen Ort zum Spielen zu geben. Der Rasen des Heinrich-von-Kleist-Platzes verwandelte sich schnell in einen Treffpunkt, wo das Lachen und Jubeln spielender Kinder zu hören war. Doch die Freude währte nicht lange: Die Stadtverwaltung Leverkusen sah in den selbstgebaute Tore eine Gefahr und forderte deren Abbau.



Die offizielle Begründung: Unfallgefahr. Die Entscheidung der Stadt hat weitreichende Konsequenzen: Der Ball, der früher im Netz zappelte, rollt jetzt auf die Straße. Ist das die Sicherheit, die die Stadtverwaltung erreichen wollte?

Die Tore mussten von den Initiatoren kurzfristig abgebaut werden. Da es keinen Platz gab, um die Spielgeräte übergangsweise zu lagern, wurden sie kurzerhand verschrottet.

Der Fall des Bolzplatzes am Heinrich-von-Kleist-Platz ist symptomatisch für eine größere Diskussion über Regulierung und Freiraum. Es ist ein Kampf um die kleinen Freuden des Alltags, die in der Bürokratie zu ersticken drohen. Es ist wichtig, dass wir die Balance zwischen Sicherheit und Eigeninitiative finden, um unseren Kindern den Spaß am Spielen zu ermöglichen.

Impressum: Redaktion FDP-Fraktion Leverkusen
Kölner Straße 53, 51379 Leverkusen, Telefon: 021 71 / 705 36 06
E-Mail info@fdp-ratsfraktion-lev.de
Fotos Privat, FDP-Fraktion, KI erstellt



NAHVERSORGUNG UND MOBILITÄT

Die FDP Leverkusen setzt sich dafür ein, dass die Nahversorgung für alle Stadtteile und Quartiere möglichst fußläufig gewährleistet ist. Daher sehen wir die Notwendigkeit, südlich des Schlebuscher Zentrums, direkt an der Reuterstraße, einen Vollsortimenter zu ermöglichen. Auch das Projekt in Bergisch Neukirchen unterstützen wir weiterhin. Einzelhandelsnutzungen in so genannten „nicht integrierten Lagen“ sehen wir stets kritisch. In den Nahversorgungszentren finden sich neben dem Lebensmitteleinzelhandel häufig auch Drogerien, Apotheken und Dienstleistungen wie Reisebüros oder Reinigungen. Diese Zentren werden in einem städtebaulichen Konzept festgelegt.

Liegen Gebiete mit einer nennenswerten Wohnbevölkerung zu weit von einem solchen Nahversorgungszentrum entfernt, kann eine Ausnahmegenehmigung erteilt werden. Im vergangenen Jahr beantragte ein Discounter die Erweiterung von zwei Filialen im Stadtgebiet. Beide Vorhaben sind aus Sicht der Verwaltung unerwünscht. Die Flächen sollen daher überplant werden. Für den Standort Fixheide erscheint uns dies nachvollziehbar. Für den Standort Theodor-Adorno-Straße sehen wir das insbesondere im Hinblick auf das Neubaugebiet Fester Weg anders.

Hier sollte die Verwaltung ein Entgegenkommen bei den Erweiterungsabsichten an eine Teilentsiegelung der Stellplätze, z.B. durch Rasengittersteine, und die Pflanzung von schattenspendenden Bäumen knüpfen.



LIEBE LEVERKUSENERINNEN UND LEVERKUSENER,

in den vergangenen sechs Monaten seit dem letzten LevLiberal haben wir den knappen Haushalt der Stadt Leverkusen analysiert und betont, dass keine weiteren Ausgaben verursacht werden sollten. Die FDP-Fraktion hat trotz einiger Bedenken zugestimmt und wird die Finanzen weiterhin aufmerksam beobachten. Es war für mich persönlich spannend, meine erste Haushaltsrede zu halten.



Wir haben die Mobilität in Leverkusen überprüft. Ab nächstem Jahr sind Parkgebühren mehrwertsteuerpflichtig und werden neu strukturiert, teilweise erhöht, teilweise gesenkt. Wir setzen uns für ein verbessertes Nahverkehrsnetz und die Wiederaufnahme der Fährverbindung zwischen Hitdorf und Langel ein. Dieses LevLiberal widmet sich thematisch der Situation von Kindern und Jugendlichen in unserer Stadt. Sie finden dazu Beiträge zu Kitas, Schulen und Freizeit.

Ihr Jörg Berghöfer, Fraktionsvorsitzender

**Bürgersprechstunde
der FDP-Fraktion**



Jörg Berghöfer
Fraktionsvorsitzender

jeden vierten Donnerstag
10.00 - 12.00 Uhr
18.00 - 20.00 Uhr
Kölner Str. 53
51379 Leverkusen



Uwe Bartels
Baupolitischer Sprecher

Monika Ballin-Meyer-Ahrens
Finanzpolitische Sprecherin



IST LEVERKUSEN VORBEREITET, DEN RECHTSANSPRUCH AUF GANZTAGSBETREUUNG IN DEN GRUNDSCHULEN ZU GEWÄHRLEISTEN?

Ab dem Schuljahr 2026/2027 haben Kinder im Grundschulalter einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung. Auf Landesebene sind viele Details, insbesondere zur inhaltlichen Ausgestaltung sowie zur Finanzierung, noch nicht geregelt, die Umsetzung des Rechtsanspruchs erfolgt jedoch in den Kommunen durch die Schulträger. Die FDP-Fraktion hat deshalb einige Fragen dazu an die Verwaltung gerichtet, denn wir möchten unbedingt verhindern, dass in der Grundschulbetreuung ein ähnliches unzuverlässiges Chaos entsteht wie bei der Kita-Betreuung.

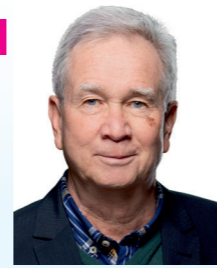
1. Steht die Verwaltung im Austausch mit der Landesregierung, um die Umsetzung des Rechtsanspruchs vorzubereiten?
2. Welche Aspekte bedürfen aus Sicht der Verwaltung noch der Klärung durch die Landesregierung?
3. Welche Vorbereitungen trifft die Schulverwaltung in Leverkusen bereits, um den Rechtsanspruch ab 2026 verlässlich umsetzen zu können?

Gerade in Zeiten des Fachkräftemangels ist eine verlässliche Betreuung unerlässlich. Und berufstätige Eltern brauchen dringend passgenaue Betreuungsangebote, um Berufs- und Familienzeiten zu koordinieren. Auch die ernüchternden Ergebnisse internationaler Bildungsstudien sind bekannt. Wir fordern daher ein klares Konzept für

die Ganztagsbetreuung und qualitative Mindeststandards. Dies kann nur in Kooperation zwischen Land und Kommunen erreicht werden und dafür brauchen wir einen frühzeitigen Planungsbeginn in Leverkusen.



Friedrich Busch
Sozialpolitischer Sprecher



DIE UNTERSCHÄTZTE GEFAHR VON LACHGAS

In den letzten Jahren hat sich Lachgas als Partydroge bei jungen Menschen, verbreitet. Die Gründe dafür sind vielfältig. Es ist preisgünstig und leicht erhältlich. Zudem ist der Verkauf und Konsum von Lachgas in Deutschland nicht verboten, da es nicht als Droge nach dem Betäubungsgesetz eingestuft wird. Lachgas wird oft in Luftballons gefüllt und inhaliert. Es gibt jedoch riskantere Konsumformen, wie das Einatmen aus einer mit Lachgas gefüllten Plastiktüte über dem Kopf. Dies kann zu Sauerstoffmangel, Bewusstlosigkeit und Erstickungsgefahr führen.

Es ist riskant, Lachgas direkt aus der Kartusche zu konsumieren. Das sich schnell ausdehnende Gas kann Temperaturen von bis zu minus 55 Grad Celsius erreichen. Dabei besteht die Gefahr von Erfrierungen. Der Rauschzustand durch Lachgas hält nur wenige Minuten an, weshalb Konsumenten ihn oft mehrmals pro Session wiederholen. Die Wirkungen sind vielfältig: Entspannung, leichte Euphorie und ein Gefühl der Losgelöstheit.

Trotz der kurzfristigen Wirkungen kann der Konsum von Lachgas langfristige Nervenschäden hervorrufen. Deshalb ist es unerlässlich, umfassend über die Auswirkungen des Lachgas-Konsums zu informieren. Ein Vorfall, bei dem drei 15-Jährige eine Gaskartusche von einem oberen Stockwerk eines Hochhauses in der City C warfen, zeigt, dass die Thematik rund um Lachgas auch in unserer Stadt relevant ist.

Es ist wichtig, dass wir uns dieser Herausforderung stellen und unsere Jugendlichen über die Risiken aufklären. Nur so können wir dazu beitragen, dass sie informierte Entscheidungen treffen und sich vor den Gefahren des Lachgas-Konsums schützen können.



Conny Besser
Kinder- & Jugendpolitische Sprecherin



DIE KITA-MISERE IN LEV – UND KEINE LÖSUNG?

Beim Thema Bildung spielt in Leverkusen die Situation in und mit den KiTas eine große Rolle. Nicht nur, dass nach wie vor mehr als 1000 Plätze fehlen, auch die Betreuungszeiten in den Kitas sind längst nicht mehr gesichert. Gerade eine verlässliche Betreuung ist für die Entwicklung der Kinder, aber auch für berufstätige Eltern und damit für die Wirtschaft unserer Stadt immens wichtig. Die verschiedenen Akteure haben in den vergangenen Monaten zahlreiche Lösungsvorschläge zur Entspannung der Situation unterbreitet. Dabei ist sicherlich festzustellen, dass es nicht die EINE Lösung gibt, sondern ein bunter Strauß von Maßnahmen notwendig ist. Aber das Wichtigste ist: Machen und nicht warten!!!

So könnten endlich zeitnah mehr Kinderpfleger/innen ausgebildet werden, die Anerkennungsverfahren für zugewanderte Personen könnten beschleunigt werden, man könnte auch Personal mit geringeren Deutschkenntnissen in die Betreuung integrieren - der Spracherwerb in der Praxis geht am schnellsten. Mittelfristig käme eine weitere Erhöhung der PIA-Auszubildenden (praxisintegrierte Ausbildung) sowohl den Auszubildenden als auch den Einrichtungen zugute. Die Ausbildung zur Kindertagespflege muss für die Bewerber/innen kostenneutral sein, damit die Ausbildung keinesfalls am Geld scheitert. Bei den Eltern sollte endlich eine korrekte Bedarfsabfrage der Betreuungszeiten erfolgen und in der Folge eine bessere Verteilung der Kinder auf die Krippengruppen erfolgen. Dies entlastet die Erzieherinnen und Erzieher nachhaltig und wäre auch mit dem KiTa-Planer umsetzbar.

Bei den Eltern sollte endlich eine korrekte Bedarfsabfrage der Betreuungszeiten erfolgen und in der Folge eine bessere Verteilung der Kinder auf die Krippengruppen erfolgen. Dies entlastet die Erzieherinnen und Erzieher nachhaltig und wäre auch mit dem KiTa-Planer umsetzbar.



Uwe Bartels
Baupolitischer Sprecher



KITAS – DIE PLANUNGEN HINKEN DEM BEDARF HINTERHER

Die Betreuung von Vorschulkindern ist in Leverkusen noch lange nicht bedarfsgerecht ausgebaut. Dabei stehen Politik und Verwaltung an zwei Stellen vor großen Herausforderungen:

- Es fehlt an Personal.
 - Es fehlt an konfliktfreien Flächen für Kitabauten.
- Hier stehen städtebauliche Probleme im Vordergrund: Kindertagesstätten benötigen geeignete Gebäuden und ausreichend große Außenflächen. Die höhere Verkehrsbelastung im Umfeld einer KiTa ist stets kritisch zu betrachten. Allerdings stehen geeignete Flächen nur begrenzt zur Verfügung. Planungsprozesse, die die Bevölkerung einbeziehen, sind zwar zeitaufwändig, aber unverzichtbar. In Alkenrath und Manfort hat die Stadt dieses Verfahren gerade abgeschlossen. Weitere Verfahren laufen. Am Bohofsweg in Steinbüchel beginnt gerade das Planungsverfahren für eine neue Kindertagesstätte. Ein Neubau an der Heinrich-Lübke-Straße, wo neben dem bestehenden Gebäude ein „gespiegelter Zwilling“ entstehen könnte, wurde leider von der Ratsmehrheit abgelehnt. Die Planungen für eine Kita im östlichen Kuppersteg an der Gutenbergstraße kommen nur schleppend voran. Allerdings gibt es im Stadtteil einen Baubeschluss für einen Neubau an der Hardenbergstraße.

Als schwierig wird von den Anwohnern die Situation rund um die geplante Kindertagesstätte an der Weinhäuser Straße in Hitdorf empfunden. Dort kommt es durch die beiden Schulen und die beiden KiTas in einem „Block“ zeitweise zu Staus im Hol- und Bringverkehr. Die im Stadtbezirk I beschlossene Hol- und Bringzone für die Schulen an der Langenfelder Straße soll hier für Entspannung sorgen und die Sorgen der Anwohner langfristig reduzieren. Die in diesem Zusammenhang durchgeführten Verkehrszählungen und Verkehrsgutachten sehen keine besonderen Probleme für eine weitere KiTa. Wir Liberale setzen uns weiterhin für die Kita Weinhäuser Straße ein, die in Hitdorf dringend benötigt wird.